

Mit Schreiben vom 17.02.2010 hat die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen beantragt, das Protokoll vom 03.02.2010 wie folgt zu ergänzen:

"Frau Schüder monierte weder den demokratisch zustande gekommenen Beschluss, die Kompensationsfläche in der Branterei zu verlegen, noch die Tatsache, dass die Verwaltung diesen Beschluss im Verfahren der Unternehmensflurbereinigung in einer Stellungnahme vorgebracht hatte.

Sie beklagte, dass weder der VA über das Verfahren, noch der Rat in seiner Dezembersitzung über das Ergebnis des Verfahrens informiert wurde. Der Planfeststellungsbeschluss war am 09.10.2009 rechtskräftig geworden und das Ergebnis lag der Verwaltung am 19.10.2009 vor. Nach 4 Monaten wird auf Antrag der Grünen mitgeteilt, dass die Kompensationsfläche nicht im Sinne der Verwaltung und der Mehrheitsgruppe verlegt wurde.

Sie ist der Meinung, dass der Bürgermeister gegen § 62 (3) verstoßen hat. Dort steht, dass der Bürgermeister den Rat oder den VA über wichtige Angelegenheiten zu unterrichten hat. Diese Einschätzung werde vom NSGB geteilt."

Nach intensiven Diskussionsbeiträgen wird der Antrag bei 2 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt.